RESOLUTION 2

FÜR EINE KONSENS-BASIERTE REFORM DES SEXUALSTRAFRECHTS

Amnesty Schweiz spricht sich anlässlich ihrer virtuellen Generalversammlung vom 12. Mai 2022 für die Unterstützung der Zustimmungslösung im Schweizer Sexualstrafrecht aus. Die Schweizer Bevölkerung hält die «Nur Ja heisst Ja»-Lösung für die beste Option, um Betroffene vor sexualisierter Gewalt zu schützen. Darüber hinaus würde eine Gesetzesreform auf der Grundlage der gegenseitigen Einwilligung das Schweizer Strafrecht mit internationalen Menschenrechtsnormen wie der Istanbul-Konvention in Einklang bringen.

Derzeit besagt das Schweizer Recht, dass für eine Vergewaltigung zwingend eine Nötigung vorliegen muss. Diese Bestimmung verkennt die Realität vieler Opfer und widerspricht internationalen Menschenrechtsnormen, insbesondere der Istanbul-Konvention.

Nachdem sich grosse Teile der Zivilgesellschaft und alle Parteien in der Vernehmlassung zur Reform des Sexualstrafrechts eingebracht hatten, unternahm die Rechtskommission des Ständerats einen wichtigen Schritt. Gemäss dem aktuellen Gesetzesentwurf wird eine Vergewaltigung künftig bereits dann anerkannt, wenn der Wille des Opfers missachtet wurde. Eine Nötigung wird nicht mehr zwingend vorausgesetzt. Mit dem Entscheid für eine «Nein heisst Nein»-Lösung hat die Mehrheit der Kommission jedoch die Chance verpasst, die sexuelle Selbstbestimmung umfassend zu schützen.

Laut einer Studie von gfs.bern ist eine klare Mehrheit der Schweizer Bevölkerung der Meinung, dass das Parlament gegen sexualisierte Gewalt in der Schweiz vorgehen muss. 45% der Befragten sind der Meinung, dass die «Nur Ja heisst Ja»-Lösung Betroffene am besten vor sexualisierter Gewalt schützt. Die Lösung «Nein ist Nein» wird von 27% unterstützt. Nur eine kleine Minderheit von 13% spricht sich für die Beibehaltung des Status quo im Sexualstrafrecht aus. Die Unterstützung für ein modernes Sexualstrafrecht ist besonders hoch bei Personen, die objektiv am stärksten von sexualisierter Gewalt bedroht sind: Frauen, junge und queere Menschen.

Der hohe Anteil an Personen, die sich für die Verankerung des Prinzips der Einwilligung im Sexualstrafrecht aussprechen, sollte ein weiteres Argument für eine grundlegende Gesetzesreform sein. Amnesty International setzt sich dafür ein, dass Bundesrat und Parlament die einmalige Gelegenheit nutzen, die sexuelle Selbstbestimmung zu schützen und sich hinter den Schutz der Opfer sexualisierter Gewalt stellen, indem sie vorbehaltlos eine «Nur Ja heisst Ja»-Lösung beschliessen.